



Presseschau vom 27.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Dagmar Henn: Milliardenä, Inflation und der Drang zum Krieg

Die Preise steigen. Das kann an den Problemen mit den Lieferketten liegen, die die Corona-Pandemie ausgelöst hat. Es kann aber auch ein Zeichen dafür sein, dass die Spekulationsblasen platzen und für das Gelddrucken seit 2008 jetzt die Rechnung gestellt wird. Dann liefere dem Westen gerade die Zeit davon. ...

<https://kurz.rt.com/2sr2>

snanews.de: Der universelle Booster: Führende Virologen loben Effizienz von „Sputnik V“ – auch gegen Omikron

Führende Experten für Infektionskrankheiten und Impfstoffe aus Argentinien, Frankreich und den USA haben den russischen Corona-Impfstoff „Sputnik V“ gelobt. Jüngste Ergebnisse einer italienischen Studie zeigten eine hohe Wirksamkeit von „Sputnik V“ gegen Omikron in Vergleich zu anderen Impfstoffen. ...

<https://snanews.de/20220127/der-universelle-booster-5144458.html>

snanews.de: Mehrheit der Deutschen gegen Waffenlieferungen an Ukraine – Umfrage

Das klare Nein Deutschlands zu Waffenlieferungen an die Ukraine kommt vor allem bei den östlichen Bündnispartnern nicht gut an. Zu Hause hat die Bundesregierung aber großen Rückhalt für ihre Position. ...

<https://snanews.de/20220127/deutschen-gegen-waffenlieferungen-ukraine-5146236.html>

de.rt.com: **Woher kommt der Grauton im Impfstoff? Fragen an BioNTech-Chef Uğur Şahin**

Vier renommierte Wissenschaftler schreiben einen Brief an BioNTech-Gründer Uğur Şahin. Sie möchten von dem Geschäftsführer des Biotechnologieunternehmens genauere Angaben zu dem von ihm entwickelten Impfstoff Comirnaty®. Die Fragen beziehen u.a. sich auf die Färbung und Lipid-Nanopartikel. ...

<https://kurz.rt.com/2srt>

Ilona Pfeffer: **Olympia: Strenge Abschottung und politische Spannungen**

Am Freitag werden die Olympischen Winterspiele von Peking eröffnet, die Wettkämpfe beginnen am 4. Februar. Während erste Athleten die Olympischen Dörfer beziehen, lassen die internationalen politischen Spannungen nicht nach. ...

<https://snanews.de/20220127/olympia-politische-spannungen-5150131.html>

snanews.de: **„Dieser Putin – und dieses Russland ...“: CDU-Chef Merz attackiert Scholz wegen „fehlender Führung“**

Am heutigen Donnerstag wurde im Deutschen Bundestag über die Ukraine, Russland und die Bemühungen der Bundesregierung um Deeskalation debattiert. Der frisch gewählte CDU-Chef Friedrich Merz hat dabei mit einer Rede für Aufsehen gesorgt, die Bundeskanzler Olaf Scholz direkt herausfordert. ...

<https://snanews.de/20220127/cdu-chef-merz-attackiert-scholz-5153718.html>

abends/nachts:

de.rt.com: **Russisches Außenamt bestätigt Empfang der schriftlichen Antwort der USA auf Sicherheitsvorschläge**

Das russische Außenministerium hat bestätigt, die schriftliche Antwort der USA auf Moskaus Vorschläge zu gegenseitigen Sicherheitsgarantien erhalten zu haben. Die Antwort hatte der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Russland John Sullivan heute übergeben. Der stellvertretende russische Außenminister Alexander Gruschko hat den US-Botschafter John Sullivan in Moskau empfangen. Das Treffen erfolgte auf Initiative des US-Botschafters. Bei der Zusammenkunft übergab der Leiter der diplomatischen Vertretung der USA in Russland die schriftliche Antwort der US-Regierung auf den von russischer Seite vorgelegten Entwurf eines bilateralen Vertrags über gegenseitige Sicherheitsgarantien. Darüber berichtet das russische Außenamt.

Auch das US-Außenministerium bestätigt, die erbetene Antwort auf Russlands Vorschläge übergeben zu haben. Die Reaktion der USA auf die russischen Sicherheitsvorschläge spiegelte die geäußerten Positionen und Vorschläge zu Bereichen wider, in denen Moskau und Washington eine gemeinsame Basis finden können, so der US-Außenminister Antony Blinken. Die USA und Russland können bei Raketenabwehrsystemen, Übungstransparenz und Rüstungskontrolle zusammenarbeiten, so Blinken weiter. Die Antwort der NATO auf die erwarteten Sicherheitsgarantien Russlands enthalte jedoch "keine größeren Zugeständnisse". Wörtlich heißt es:

"Wir sind offen für den Dialog, wir bevorzugen die Diplomatie, und wir sind bereit, in Bereichen voranzukommen, in denen es eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit gibt." Das Papier soll vollständig mit der Ukraine und den europäischen Verbündeten der USA abgestimmt worden sein. Nun betonte der US-Chefdiplomat, die USA würden auf das Prinzip der offenen Tür für die NATO nicht verzichten. Die Schlüsselpunkte der russischen Vorschläge bezeichnete Antony Blinken als "inakzeptabel". Überdies würden die USA auch

weiterhin die militärischen Fähigkeiten der Ukraine verstärken. In den kommenden Tagen sollen weitere Waffen-Lieferungen der USA erfolgen.

Weiter hieß es, dass die Antwort unter anderem die Besorgnisse der USA und der NATO-Verbündeten hinsichtlich Moskaus Handlungen im Sicherheitsbereich betreffe. Was die angeblichen russischen Pläne eines Angriffs auf die Ukraine betrifft, schließen die USA nicht aus, dass Russland noch keine feste Entscheidung über eine mögliche "Invasion" getroffen hätte. Dabei sei die NATO auf alle möglichen Szenarien vorbereitet.

Blinken erwarte, dass er in den kommenden Tagen er mit seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow die Antwort der USA auf die Sicherheitsgarantien besprechen werde. Die USA wiederum hätten vor, Russland ihren eigenen Vorschlag zu übergeben.

Der Verzicht auf eine fortgesetzte NATO-Osterweiterung sowie die rechtsverbindliche Garantie, dass die Ukraine dem NATO-Bündnis nicht beitreten werde, waren die zentralen Forderungen, die Russland Mitte Dezember an die USA sowie an deren Militär-Bündnis NATO im Rahmen von zwei Dokumenten mit Sicherheitsvorschlägen gerichtet hatte.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f197f3b480cc6fce061148.jpg>

de.rt.com: **Außenminister Lawrow: Westen muss Sonderstatus für Donbass gewährleisten**

Der russische Chefdiplomat Sergei Lawrow hat auf die Frage nach möglichen russischen Waffenlieferungen an die Donbass-Republiken mit einem Verweis auf das Minsker Abkommen geantwortet. Der Westen sei dafür verantwortlich, dass Kiew die Minsker Vereinbarungen umsetzen werde.

Bei einer Fragerunde in der Duma hat der russische Außenminister Sergei Lawrow auf die Frage nach der Möglichkeit, bestimmte Waffentypen an die selbsternannten Republiken im Südosten der Ukraine zu liefern, konkret Stellung bezogen. Moskau befürworte die Umsetzung des Minsker Abkommens und der Westen müsse Kiew dazu bewegen. Wörtlich hieß es:

"Wir sind Befürworter der bedingungslosen Umsetzung des Minsker Abkommens, das die Ukraine im Moment sabotiert."

Der Westen habe Russland versichert, einschließlich der USA bei Putins Treffen mit Biden in Genf, dass er dafür sorgen werde, dass Kiew seinen Minsker Verpflichtungen nachkommen wird, insbesondere was die Gewährleistung eines Sonderstatus für den Donbass betreffe, so der russische Chefdiplomat weiter.

Zuvor hatte der Generalsekretär des Generalrats der regierenden Partei "Einiges Russland" und erste stellvertretende Vorsitzende des Föderationsrats, Andrei Turtschak, erklärt, Moskau solle bestimmte Waffentypen an die selbsternannten Republiken im Südosten der Ukraine, Lugansk und Donezk, liefern.

Juri Schwytkin, der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Duma, teilte wiederum mit, dass er russische Hilfe für die selbsternannten Donbass-Republiken bei

der Verstärkung der technischen Ausrüstung der ukrainischen Armee zulasse, aber gleichzeitig einen Grenzübertritt des russischen Militärs ausschließe.

Am Montag wies Kreml-Sprecher Dmitri Peskow darauf hin, dass die Handlungen der Kiewer Behörden auf die Vorbereitung einer Offensive im Donbass hindeuten, was Russland sehr beunruhige.

Unterdessen verlegten die NATO-Staaten am Montag Schiffe und Flugzeuge nach Osteuropa und kündigten an, dass sie ihre Präsenz in der Region aufgrund von Berichten über eine mögliche russische Invasion in der Ukraine verstärken würden. Gleichzeitig rüstet die Ukraine weiter auf: In den letzten Tagen lieferten die USA bereits dreimal Waffen und Munition nach Kiew.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f16e4d48fbef533249cc60.jpg>

snanews.de: Nato-Chef: Russland muss Truppen aus „drei Ländern“ abziehen

Die Nato verhandelt derzeit mit Russland die Deeskalation der Lage um die Ukraine. Um Spannungen in dieser Frage abzubauen, sollte Moskau laut dem Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg seine Truppen aus drei Ländern abziehen.

„Wir fordern Russland auf, die Situation unverzüglich zu deeskalieren. Die Nato ist sicher, dass Meinungsverschiedenheiten und Spannungen politisch gelöst werden müssen, nicht durch Androhung oder Anwendung von Gewalt“, sagte der Nato-Chef am Mittwoch auf einer Pressekonferenz in Brüssel.

Die Allianz glaube, so Stoltenberg, dass Russland im Rahmen der Deeskalation „seine Truppen aus Georgien, der Ukraine und Moldawien abziehen sollte“.

Stoltenberg bereitet Nato „auf das Schlimmste“ vor

Die Nato schlage Moskau vor, die Arbeit der Vertretungen wieder aufzunehmen und den Dialog im Rahmen des Nato-Russland-Rates fortzusetzen. Stoltenberg zufolge „können die Nato-Vorschläge sowohl für Russland als auch für die Verbündeten nützlich sein“.

Gleichzeitig betonte der Generalsekretär, dass das Bündnis bei den Grundprinzipien, einschließlich der Politik der offenen Tür, keine Kompromisse eingehen werde.

Die Allianz wolle mit Moskau die Themen wie Abrüstung, Transparenz, Raketenstationierung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung erörtern, so der Nato-Chef. Außerdem sei das Bündnis für die Einrichtung einer direkten zivilen Kommunikationslinie.

„In der Hoffnung auf den Erfolg politischer Verhandlungen“ bereite sich allerdings die Nato „auf das Schlimmste vor“. „Wir verstärken unsere Präsenz, auch in den Regionen der Ostsee und des Schwarzen Meeres“, sagte Stoltenberg.

Er betonte mit Blick auf die Lage an der ukrainischen Grenze, die Spannungen nehmen weiter zu.

„Wir beobachten keine Deeskalation“, so der Nato-Generalsekretär.

Die Nato kümmere sich um eine Deeskalation der Lage, verstärke aber ihre Präsenz an der

Ostflanke, um „die Situation genauer zu verfolgen“ und die Sicherheit ihrer Verbündeten zu gewährleisten.

Die USA und die Nato haben am Mittwoch auf die Vorschläge Russlands zu Sicherheitsgarantien in Europa geantwortet. Laut dem US-Außenminister Antony Blinken sind die schriftlichen Antworten mit der Ukraine und den Verbündeten in der EU abgestimmt. Mitte Januar fanden erste Diskussionen zu den russischen Vorschlägen statt. Die Delegationen Russlands und der USA führten Verhandlungen in Genf, dann wurden eine Sitzung des Russland-Nato-Rates in Brüssel und Konsultationen in den OSZE-Räumen in Wien abgehalten. Schon vor Beginn der Verhandlungen bezeichnete Washington einige Punkte der besagten Dokumente als inakzeptabel,

Moskau merkte an, dass es sich nicht um ein Ultimatum handele, Russland aber keine einseitigen Zugeständnisse machen werde, schon gar nicht unter Druck. Wie der Außenminister Sergej Lawrow betonte, brauche Moskau eine konkrete Antwort auf jeden Artikel der vorgelegten Entwürfe. Davon würden das weitere Vorgehen der russischen Seite und die Aussichten für die Wiederaufnahme des Dialogs abhängen, hieß es.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/09/83836_0:174:2661:1671_1920x0_80_0_0_e2294518424e31bdd211648e2e2858a5.jpg

de.rt.com: NATO-Antwort: Forderungen zum Nichtbeitritt lehnen wir ab, Russland dagegen müsse sich zurückziehen

Der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat alle Forderungen Russlands zum Nichtbeitritt von Ländern in die NATO oder gar zum Rückzug der Allianz abgelehnt. Russland selbst müsse dagegen Territorien in Moldawien, Georgien und der Ukraine verlassen. Die NATO-Eingreiftruppen in Osteuropa sollen hingegen aufgestockt werden. Die 30 NATO-Staaten haben sich auf eine gemeinsame schriftliche Antwort auf Russlands Vorschlag für gegenseitige Sicherheitsvereinbarungen verständigt und ein durch den NATO-Rat angenommenes Schriftstück an die Regierung in Moskau übermittelt. Die Antwort der Allianz ergänze die zeitnah aus den USA an Russland gegangene Antwort. Aus Moskau war nach Washington, D.C. ein gesonderter Vorschlag über gegenseitige rechtsverbindliche Sicherheitsvereinbarungen zwischen den beiden Staaten übermittelt worden.

Der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg trat am Mittwochabend vor Journalisten und hat dabei die Positionen der NATO zu den Kernfragen der russischen Vorschläge an die NATO verdeutlicht. Er betonte:

"Wir werden bei den Grundprinzipien keine Kompromisse eingehen."

Somit schloss er insbesondere einen Kompromiss mit Russland über den möglichen Beitritt der Ukraine zum NATO-Bündnis ausdrücklich aus, erwähnte aber die angebliche Möglichkeit, dass die Ukraine vielleicht auch aus eigener Entscheidung nicht beitreten wolle: "Eines dieser Prinzipien ist das Recht der Nationen, ihren eigenen Weg zu wählen. Die NATO

respektiert die Entscheidung der Länder, die dem Bündnis beitreten wollen oder nicht. Wenn die Ukraine beschließt, nicht beizutreten, wie es Schweden getan hat, werden wir uns von der Achtung des Selbstbestimmungsrechts leiten lassen."

Da der NATO-Beitritt jedoch bekanntlich als Ziel in der ukrainischen Verfassung festgeschrieben wurde, ist derzeit mit einem Beschluss über den Nichtbeitritt allerdings nicht zu rechnen. Ukrainische Politiker fordern sowohl die USA als auch die NATO derzeit lautstark und vehement auf, in die NATO aufgenommen zu werden.

Stoltenberg hat außerdem deutlich gemacht, dass auch Moskaus Ansinnen, die NATO solle neben einem Beitritts-Verzicht auch den Rückzug von NATO-Streitkräften aus östlichen Bündnisstaaten einleiten, ausgeschlossen ist. Ihm zufolge müsse sich vielmehr das russische Militär selbst aus Moldawien, der Ukraine und Georgien zurückziehen.

In Moldawien sind gemäß einem UNO-Beschluss im Ergebnis eines schwelenden Konfliktes russische Friedenstruppen mit einer Stärke von ca. 1.000 Mann in der sogenannten Moldawischen Republik Transnistrien stationiert. Transnistrien ist international nicht anerkannt, betrachtet sich aber selbst seit 1990 als souveräner Staat. Auch Abchasien und Südossetien gehören aus der Sicht der Vereinten Nationen zu Georgien, Russland seinerseits hat die beiden jetzt von Georgien getrennten Gebiete nach dem Angriff Georgiens auf Südossetien im August 2008 und dem darauf folgenden Fünf-Tage-Krieg Georgiens gegen die Abtrünnigen als unabhängige Staaten anerkannt.

Jens Stoltenberg sprach wiederum auch über angebliche russische Truppenkonzentration in der Nähe der ukrainischen Grenze und davon ausgehende angebliche Bedrohungen Russlands für sein Nachbarland. Angesichts der aktuellen Spannungen mit Russland solle die NATO-Präsenz weiterhin nun auch noch in der Ostseeregion und im Schwarzen Meer aufgestockt werden, sagte Stoltenberg. Dabei hoffe er dennoch auf eine Deeskalation in Gesprächen mit Russland. Die Vorschläge der NATO an Russland könnten seines Erachtens dabei für beide Seiten nützlich sein.

"Wir bemühen uns um einen Dialog und arbeiten gleichzeitig an der Stärkung der NATO-Streitkräfte."

Auf die Frage, welche Abschreckungsmaßnahmen gegen Russland ergriffen werden könnten, sagte Stoltenberg, das Bündnis habe die Bereitschaft seiner Streitkräfte erhöht:

"Vor ein paar Wochen haben wir auch die Kapazität der NATO-Reaktionskräfte erhöht. Es gibt dort ein französisches Kontingent in der Stärke von 5.000 Soldaten, und auch andere Länder entsenden Einheiten dorthin."

Diese Kapazität könne kurzfristig noch mit anderen Truppen ergänzt werden. Nach Angaben von Stoltenberg habe die NATO der russischen Regierung am Mittwoch konkret vorgeschlagen, die nach einem Spionage-Fall geschlossenen Vertretungen in Moskau und Brüssel wieder zu öffnen. Zudem wolle man die bestehenden militärischen Kommunikationskanäle in vollem Umfang nutzen, um die Transparenz zu fördern und Risiken zu verringern.

Konkret schlage man vor, in einem ersten Schritt im NATO-Russland-Rat gegenseitige Unterrichtungen zu Manövern und zur Atompolitik wieder aufzunehmen. Dann solle man auch das Wiener Dokument zur militärischen Transparenz aktualisieren.

"Wir sind bereit, uns die Sorgen Russlands anzuhören und eine echte Diskussion darüber zu führen, wie wir die fundamentalen Prinzipien der europäischen Sicherheit (...) bewahren und stärken können", sagte der NATO-Generalsekretär. Dazu gehöre aber auch das Recht aller Staaten, selbst über ihren Weg zu entscheiden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f1a243b480cc6f5e6347cc.jpg>

snews.de: **Für den Kriegsfall: Behörden in Ukraine planen Massenübungen für Bevölkerung**

Das Innenministerium der Ukraine plant nach eigenen Angaben eine Massenübung für die Zivilbevölkerung – für den Fall der Fälle.

„Die Übungen werden in verschiedenen Regionen des Landes durchgeführt. Zudem wird in Städten und Siedlungen das System der Zivilverteidigung kontrolliert“, teilte die Behörde am Mittwoch in Kiew mit.

Ressortchef Denis Monastyrski zufolge wird der Schwerpunkt der Übungen auf den Umgang mit explosiven Gegenständen gelegt. Der amtierende Chef der staatlichen Notstandsbehörde, Sergej Kruk, teilte mit, dass die Übungen bereits vorbereitet würden.

Die staatliche Kommission für technologische und Umweltsicherheit sei zu einer Online-Sitzung zusammengetreten, um örtliche Machtorgane über den Sinn und Zweck der Übungen zu informieren. „Wir diskutierten über die Hauptfragen wie Benachrichtigung, Nutzung von Schutzeinrichtungen und Evakuierung“, wurde Kruk auf der Homepage des Innenministeriums zitiert.

Der Westen behauptet, dass Russland die Ukraine „in wenigen Tagen“ angreifen werde. Moskau dementiert dies und wirft seinerseits Kiew vor, Truppen samt schwerer Kampftechnik an der Trennlinie im Donbass zu konzentrieren.



https://cdn1.snews.de/img/07e6/01/1a/5143017_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_1d56fc020e4b7a17e9c2690ae74593e9.jpg

snanews.de: **Beinahe „Null Progress“ bei Gesprächen im Normandie-Format – Russlands Unterhändler**

Am Mittwoch haben in Paris die Verhandlungen von Russland und der Ukraine unter der Moderation von Frankreich und Deutschland im sogenannten Normandie-Format stattgefunden. Aus Sicht des russischen Unterhändlers Dmitri Kosak sind die Beratungen zur bisher wenig effektiv.

In zwei Wochen sollen sich die Teilnehmer in Berlin zu einer Nachfolgediskussion treffen, „denn heute gibt es nichts zu prahlen“.

„Egal wie sehr wir uns wünschen, dass wir vorankommen, aber bisher sind die Fortschritte fast Null“, sagte Kosak vor Journalisten.

Er beklagte dabei den mangelnden Dialog zwischen der Regierung in Kiew und der Ostukraine. Auch humanitäre und sicherheitspolitische Anfragen der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk bleiben ohne Antwort.

Der Druck von Deutschland und Frankreich würde die Situation aber nicht ändern.

„Es ist sinnlos, Druck auszuüben. Die Ukraine muss selbst begreifen, dass sie diesen Konflikt lösen, den Bruderkrieg, den innerukrainischen Konflikt beenden muss“, so der russische Beauftragte für den Ukraine-Konflikt.

Es sei notwendig, die Minsker Vereinbarungen konsequent umzusetzen, „ohne Interpretationen und ohne Ausnahmen“, um die gewaltfreie Lösung des Konflikts zu erreichen.

Dem Normandie-Format gehören Deutschland, Frankreich, Russland und die Ukraine an. Unter Vermittlung der Regierungen in Berlin und Paris hatten sich Russland und die Ukraine 2015 auf das Minsker Abkommen verständigt, mit dem der Osten der Ukraine befriedet werden soll. Das letzte Gipfeltreffen fand Ende 2019 in Paris statt. Die dort getroffenen Vereinbarungen sind bis heute nicht umgesetzt.

Die Beziehungen zwischen den westlichen Ländern und Russland bleiben hinsichtlich der Ukraine angespannt. Der Westen äußert die Befürchtung eines Angriffs seitens Russlands auf das Nachbarland und droht Russland seitdem mit schwerwiegenden Konsequenzen. Moskau hingegen hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine aggressiven Pläne habe und grundlos „dämonisiert“ werde.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/19/4091356_0:183:2993:1866_1920x0_80_0_0_69a1f6ff8faff434a2c218f135e181a4.jpg

vormittags:

snanews.de: **Putin plant keine Teilnahme an Münchner Sicherheitskonferenz 2022**

Der russische Präsident Wladimir Putin beabsichtigt nicht, in diesem Jahr an der Sicherheitskonferenz in München teilzunehmen. Das sagte der Pressesprecher des Staatschefs,

Dmitri Peskow, gegenüber SNA.

Die Sicherheitskonferenz in München, die vom 18. bis 20. Februar stattfinden soll, wird erstmals seit zwei Jahren in Präsenzformat verlaufen.

Die Frage, ob die Teilnahme an dieser Veranstaltung im Kalender des Präsidenten stehe, verneinte Peskow.

Die Münchner Rede Putins im Jahr 2007, in der er scharfe Kritik an der Außenpolitik der USA und an ihrer Idee der einpoligen Weltordnung geübt hatte, ist in die Geschichte eingegangen. Der russische Präsident hatte sich damals gegen die Pläne zur Nato-Erweiterung und zur Stationierung von Objekten der US-Raketenabwehr in Osteuropa ausgesprochen.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e6/01/1b/5144170_0:161:3067:1886_1920x0_80_0_0_c13ecae007ab481c3906905f312050c0.jpg

wpered.su: Die Anerkennung der DVR und der LVR wird keinen Krieg provozieren, sondern den Schutz unserer Bürger gewährleisten – Gennadij Sjuganow

Am 26. Januar sprach der Außenminister der RF Sergej Lawrow im Rahmen einer „Regierungsstunde“ in der Staatsduma. Die Position der KPRF erläuterte der Vorsitzende des ZK der Partei G.A. Sjuganow, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

„Wir haben einen Vorschlag über die Anerkennung der Donezker und der Lugansker Volksrepublik eingebracht. Ich habe mindestens zehn Mal zu Ihnen über dieser Frage gesprochen. Dies wird keinen Krieg provozieren, wie einige sagen, sondern den Schutz unserer Bürger, von denen es im Donbass schon 600.000 gibt, gewährleisten. Und wenn Washington, Kiew und Berlin wissen, dass wir unsere Bürger schützen, dann wird, so versichere ich Ihnen, der Raum für weitere Provokationen weitaus geringer werden“, erklärte Gennadij Sjuganow.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/01/sjuganow.jpg>

de.rt.com: **Russland vertieft militärische Zusammenarbeit mit Kuba und anderen Ländern der Region**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat mit den Staatsoberhäuptern Kubas, Venezuelas und Nicaraguas vereinbart, in einer Reihe von Bereichen Partnerschaften zu entwickeln. Dazu zählt auch eine verstärkte militärische Zusammenarbeit, wie der russische Außenminister am Mittwoch mitteilte.

Vor der Duma, dem russischen Parlament, teilte Außenminister Sergei Lawrow am Mittwoch mit, Putin habe kürzlich mit den Staatsoberhäuptern Kubas, Venezuelas und Nicaraguas gesprochen. Dabei wurde vereinbart, die strategische Zusammenarbeit der Länder zu verstärken.

"Präsident Putin führte vor kurzem Telefongespräche mit seinen Kollegen aus diesen drei Regierungen, mit denen wir sehr eng und freundschaftlich verbunden sind. Sie kamen überein, nach weiteren Möglichkeiten zur Vertiefung unserer strategischen Partnerschaft in allen Bereichen zu suchen, ohne Ausnahmen", erklärte Lawrow. Er wies darauf hin, dass Russland bereits vielfältige enge Beziehungen zu diesen Ländern unterhält, "auch im militärischen und militärisch-technischen Bereich".

Auf die Frage nach den Aussichten einer verstärkten militärischen Zusammenarbeit mit den drei mittelamerikanischen Ländern antwortete Lawrow: "Für die unmittelbare Zukunft rechnen wir mit regelmäßigen Treffen der entsprechenden Ausschüsse."

Moskau sieht sich durch die auch militärisch immer weiter an das Territorium der Russischen Föderation heranrückenden NATO in seiner Sicherheit bedroht und fordert daher einen Stopp der NATO-Osterweiterung, insbesondere einen Verzicht auf die Aufnahme der Ukraine. Entsprechende Garantien schließen die USA jedoch entgegen früherer Zusicherungen aus. Der stellvertretende Moskauer Außenminister Sergej Rjabkow hatte bereits nach ersten Krisengesprächen zum Abbau der Spannungen Mitte Januar geäußert, dass im Falle eines Scheiterns der Gespräche über verbindliche Sicherheitsgarantien auch russisches Militär auf Kuba und in Venezuela stationiert werden könne. Angesprochen auf die Möglichkeit der Entsendung von Truppen nach Lateinamerika, antwortete der russische Vize-Außenminister, dass er dies nicht ausschließen wolle. "Es ist der amerikanische Stil, mehrere Optionen für seine Außen- und Militärpolitik zu haben", sagte er. "Das ist der Grundstein für den starken Einfluss dieses Landes in der Welt."

Weiter betonte Rjabkow, dass die Diplomatie Vorrang vor militärischen Schritten haben müsse.

"Der russische Präsident hat sich mehrfach dazu geäußert, welche Maßnahmen er ergreifen könnte, zum Beispiel unter Einbeziehung der russischen Marine, wenn die Dinge in die

Richtung gehen, Russland zu provozieren und den militärischen Druck der USA auf uns weiter zu erhöhen. Das wollen wir nicht. Die Diplomaten müssen zu einer Einigung kommen."

Der Nationale Sicherheitsberater der Vereinigten Staaten, Jake Sullivan, antwortete darauf, dass russische Militäraktivitäten in Lateinamerika bei den jüngsten Sicherheitsgesprächen nicht zur Sprache gekommen seien. Die USA würden aber "entschlossen" handeln, falls es zu entsprechenden Maßnahmen kommen sollte.

Führende Vertreter Russlands und der USA führen derzeit Verhandlungen, um die Spannungen im Ukraine-Konflikt zu deeskalieren. Washington wirft Moskau vor, eine Invasion zu planen. Der Kreml bestreitet derartige Absichten. Zudem bat er um schriftliche Garantien, dass sich die von den USA geführte Militärallianz nicht auf die Ukraine oder Georgien, zwei auf vielen Ebenen eng mit Russland verbundene Länder, ausdehnen wird.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f1ad6cb480cc6f5e6347f2.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 26. Januar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: Ukrainischer Soldat schießt auf eigene Kameraden – Tote und Verletzte

In der Stadt Dnipro hat ein Soldat der ukrainischen Nationalgarde das Feuer auf eine Wachmannschaft eröffnet. Das teilte der Pressedienst des ukrainischen Innenministeriums am Donnerstag mit.

Fünf Menschen kamen ums Leben, fünf weitere wurden verletzt.

Der Vorfall ereignete sich am frühen Donnerstagmorgen (2:40 Uhr MEZ) auf dem Gelände der Maschinenfabrik „Juschmasch“.

Der 20-jährige Artemij Rjabtschuk soll demnach bei der Verteilung von Waffen an seine Einheit aus einem bisher unbekanntem Grund Schüsse aus einem Kalaschnikow-Gewehr abgefeuert haben.

Unter den Getöteten seien vier Militärs und eine Zivilistin, hieß es von der Nationalpolizei. Der Täter flüchtete, nach einer kurzen Fahndung wurde er festgenommen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/1b/5144938_0:337:3041:2048_1920x0_80_0_0_3907c10173219cf217fc8f8bdb126c19.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 27. Januar um 9:00 Uhr 22.393 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 524 Personen sind derzeit erkrankt, 18.711 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3158 Todesfälle.

de.rt.com: Russische Regierungspartei bittet Behörden, Rüstungsgüter in Donbass zu liefern

Die russische Regierungspartei Einiges Russland hat die Behörden gebeten, Rüstungsgüter in den Donbass zu liefern. Die zwei selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk begrüßten diese Möglichkeit. Unterdessen rüstet die NATO aktiv die Ukraine auf.

Wladimir Wassiljew, der Fraktionsvorsitzende von Einiges Russland, der mitgliederstärksten Partei in der Staatsduma, hat verkündet, die Partei habe einen Appell an die Staatsführung gerichtet, mit Lieferungen von Militärgütern in den Donbass zu beginnen. Dort, im Südosten der Ukraine, liegen die selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Wassiljew wörtlich:

"Wir haben uns zu diesem Thema beraten und sind zu dem Schluss gekommen, dass wir die Menschen nicht der Willkür der Regierung in Kiew überlassen dürfen."

In diesem Zusammenhang appellierte Einiges Russland an die russische Führung, die Republiken mit der Lieferung von Militärgütern zu unterstützen. Diese würden zur Abschreckung einer Aggression benötigt, hieß es weiter. Darüber hinaus rief die Partei dazu auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.

Laut Wassiljew habe Russland lange darauf gewartet, dass "in Washington eine vernünftige Lösung triumphiere." Das aber sei nicht geschehen. Der Westen, so der Fraktionsvorsitzende, spreche weiterhin von Sanktionen und Waffenlieferungen in das Konfliktgebiet:

"Das Szenario, das der kollektive Westen in der Ukraine demonstriert, ähnelt einer Rückkehr zum Nazismus und Banderatismus. Das können wir nicht dulden. Wir sind sehr besorgt um den Schutz des Lebens der russischen Bürger und Heimatgenossen, die in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk leben."

Die selbsternannten Republiken begrüßten ihrerseits den Vorschlag der russischen Partei. Der Präsident der international nicht anerkannten Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, erklärte: "Wir würden jede Entscheidung zur Unterstützung der Republiken begrüßen, um einer drohenden Aggression aus der Ukraine zu widerstehen."

In Anbetracht der "beispiellosen Lieferungen" tödlicher Waffen, der Entsendung von Ausbildern und Militärpersonal aus westlichen Ländern in die Ukraine sei eine solche Entscheidung Russlands ein logischer Schritt. Denn die Sicherheit der im Donbass lebenden russischen Bürger sei zunehmend bedroht. Und die Lage in der Nähe der russischen Grenzen werde offensichtlich destabilisiert.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f1a56fb480cc091b0c6c99.jpg>

Mzdnr.ru: Am 26. Januar wurden in der DVR 2241 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 339 positiv, bei 23 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 51 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 5 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 30 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 615 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 313 mit Sauerstoffunterstützung (+5 in den letzten 24 Stunden).

Am 27. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 123.487 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4475 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 109.480 als gesund entlassen, es gibt 9532 Todesfälle.

de.rt.com: **Diplomatische Spannungen: Russischer Botschafter muss USA möglicherweise bis April verlassen**

Das US-Außenministerium hat erklärt, der russische Botschafter Anatoli Antonow müsse die Vereinigten Staaten bis April verlassen, sollte Moskau bestimmte Forderungen Washingtons nicht erfüllen. Das teilte Antonow am Mittwoch gegenüber Journalisten mit.

Der russische Botschafter könne nur in den USA bleiben, wenn Moskau den Leibwächtern des US-Gesandten in Russland, John Sullivan, Visa erteile. Das berichtete der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow. Er fügte hinzu, dass dies alles Teil der zunehmend angespannten Beziehungen zwischen den beiden Nationen sei. Der Botschafter erklärte: "Es gibt keinen Fortschritt, was das [beschlagnahmte russische] diplomatische Eigentum [in den USA], die Visafrage oder die Entwicklung der Beziehungen selbst betrifft."

Antonow fügte hinzu, dass sich die Situation seiner Meinung nach nur noch verschlimmern könne.

Er wies außerdem darauf hin, dass die russischen Diplomaten alle zwei Wochen versuchten, das US-Außenministerium zu kontaktieren. Sie hätten bereits zwischen 400 und 500 Anfragen verschickt, in denen sie um Zugang zu den russischen diplomatischen Einrichtungen in San Francisco, Washington, New York und Seattle bitten. All diese Liegenschaften wurden bereits unter der Trump-Regierung zwischen 2017 und 2018 beschlagnahmt. Zumindest einige der Einrichtungen waren offiziell diplomatisches Eigentum Russlands. Moskau hatten deren

Beschlagnahmung durch die USA als illegale Eigentumsübernahme und offen feindseligen Akt verurteilt.

Bislang hätten die USA nur "Lippenbekenntnisse" zu den russischen Forderungen abgegeben, aber nichts unternommen, so Antonow weiter. Er fügte hinzu, dass die US-Beamten "nicht einmal dieser grundlegenden Forderung nachkommen" und den russischen Diplomaten gestatten würden, das beschlagnahmte Eigentum zu besuchen. Der Botschafter hob hervor: "Alles, was in den letzten Monaten geschehen ist, deutet darauf hin, dass die USA eine zunehmend harte Haltung gegenüber Russlands diplomatischer Präsenz auf US-amerikanischem Boden eingenommen haben."

Zudem dränge Washington weiterhin russische Diplomaten und ihre Familien aus dem Land. Die US-Regierung verkündete, dass russische Gesandte nicht länger als drei Jahre auf US-Territorium bleiben dürften. Sie verlange nun, dass einige Botschaftsmitarbeiter früher als ursprünglich geplant ausreisen, bedauerte Antonow. Insgesamt 27 Personen müssten bis zum 30. Januar und weitere 28 bis zum 30. Juni nach Russland zurückkehren. So lauten die Bedingungen, die Washington im September 2021 festgelegt hatte.

Die USA wollten sie zwar nicht zu Personae non gratae erklären. Washington habe aber betont, dass die Botschaftsmitarbeiter ihre diplomatische Immunität verlieren und verhaftet werden könnten, wenn sie nicht rechtzeitig ausreisen, erklärte der Antonow.

In den vier Jahren seiner Tätigkeit als Botschafter mussten laut Antonow insgesamt 300 Personen die USA verlassen, darunter Diplomaten und ihre Familien. Er sehe keine Anzeichen dafür, dass sich dieser negative Trend in naher Zukunft ändern könnte. Die Vereinigten Staaten haben sich zu den jüngsten Äußerungen des russischen Botschafters indes nicht geäußert.

Sowohl die russische Botschaft in Washington als auch die US-amerikanische Botschaft in Moskau leiden derzeit unter Personalknappheit. In den vergangenen Jahren haben die diplomatischen Vertretungen ihre Dienste mehrfach eingeschränkt. So zum Beispiel mit der Entscheidung der USA, keine Visaanträge mehr in Russland zu bearbeiten.

Bereits im November 2021 hatte Antonow darauf hingewiesen, dass Moskau die Aufhebung aller in den letzten Jahren auferlegten Beschränkungen befürworte und die Arbeit der beiden Botschaften wieder normalisieren wolle.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f24f24b480cc42a40b6491.jpg>

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant I.M. Filiponenko am 27. Januar 2022

Die Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik sammelt weiter Beweise über die Vorbereitungen der ukrainischen Armee auf eine Aggression gegen die Volksrepubliken

Unsere Aufklärung hat in den letzten beiden Tagen **neue Fakten zur Verstärkung der**

Truppengruppierungen der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte erhalten.

Es wird eine Aktivierung aller Arten von Aufklärung des Gegners festgestellt: in den letzten 24 Stunden haben wir 37 Versuche der Luftaufklärung durch Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte entlang der ganzen Kontaktlinie festgestellt.

Im Gebiet von Solotoje im Verantwortungsbereich der 24. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte wurde der Aufenthalt einer mobilen Gruppe für elektronische Kriegsführung aus dem 305. Bataillon für elektronische Kriegsführung festgestellt, die die von der Volksmiliz genutzten Kommunikationskanäle aufdecken soll,

In den Gebieten von Swetlodarsk, Troizkoje, Nowoluganskoje, Popasnaja, Nowotoschkowskoje, Stschastje und Staniza-Luganskaja ist die Ankunft mobiler Gruppen der Funkaufklärung festzustellen, die die Gespräche von Soldaten der Volksmiliz abhören sollen.

Nach Angaben unserer geheimdienstlichen Aufklärung wird **in den nächsten Tagen im Stationierungsgebiet der 30. mechanisierten Brigade die Ankunft des obersten Kommandeurs der ukrainischen Streitkräfte General Salushnyj mit einer Gruppe von Offizieren des ukrainischen Generalstabs erwartet**, um Erkundungen durchzuführen. Wir nehmen an, dass in dieser Richtung der Hauptschlag der ukrainischen Streitkräfte erfolgen könnte.

Das Kommando der 30. und 24. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte plant Angriffshandlungen, die Kommandeure aller Ebenen erläutern ihren Einheiten die Kampfaufgaben. Die Technik wird aufgetankt und gewartet. Wir stellen eine Aktivierung der rückwärtigen Dienste in allen Verbänden fest, in den Einheiten werden die Treibstoff- und Munitionsvorräte bis zu den militärischen Normen aufgefüllt.

Um außerplanmäßig die Verbände der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ mit Personal auszustatten, hat das Kommando aus Offizieren der 79. Luftsturmbrigade, der 57.

Panzergranadierbrigade, der 24. und der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Werbegruppen gebildet, die die Aufgabe haben, ukrainische Bürger für den Vertragsdienst anzuwerben. Derzeit betreiben die genannten Gruppe Agitationsarbeit in mittleren Spezial- und höheren Bildungseinrichtungen auf dem Gebiet der Lugansker und Donezker Oblast, das sich unter Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte befindet.

In der 57. Panzergranadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte wurden in der letzten Woche mit dem Personal Übungen zu Angriffsthemen durchgeführt, wobei praktische Aktivitäten unter Bedingungen städtischer und waldreicher Örtlichkeiten bearbeitet wurden. Im vorderen Gebiet haben unsere Beobachter eine Gruppe Offiziere der Brigade und deren Kommandeur, den Kriegsverbrecher Mischantschuk, bemerkt, die die Örtlichkeiten erkundeten.

Zur Verhinderung des Durchsickerns von Informationen über die Lage und die Art der Aktivitäten der Verbände haben die Kommandeur der 24. mechanisierten Brigade Postupalskij und der 79. Luftsturmbrigade Luzenko Anweisungen erteilt, die Mobiltelefone des Personals zu konfiszieren.

Wie Sie sehen, erinnert die heutige Lage an eine Vorkriegslage. **Alle angegebenen Informationen zeigen, dass die ukrainische Armee sich auf aktive Angriffskampfhandlungen vorbereitet.**

Ich meinerseits will ein weiteres Mal unterstreichen, dass sich die Einheiten der Volksmiliz in ständiger Gefechtsbereitschaft befinden und über ausreichend professionell ausgebildete Soldaten, Waffen und Technik verfügen, um jegliche Angriffe auf die territoriale Integrität und die Sicherheit der Bevölkerung der Lugansker Volksrepublik zu unterbinden.

snanews.de: **Kasachstans Parlament billigt Rücktritt von Ex-Präsident Nasarbajew als Chef der Volksversammlung**

Das Parlamentsoberhaus (Senat) Kasachstans hat in einer Plenarsitzung den Gesetzesänderungen zugestimmt, laut denen dem Ex-Präsidenten Nursultan Nasarbajew der

lebenslange Vorsitz in der Volksversammlung Kasachstans (konsultativ-beratendes Organ) und im Sicherheitsrat entzogen wird.

Zuvor hatte das Parlamentsunterhaus (Madschlis) die genannten Gesetzesänderungen in einer Plenarsitzung gebilligt, wie der Abgeordnete Kanat Nurow am 19. Januar mitteilte. Die Dokumententwürfe wurden später auf der Webseite des Senats im vollen Wortlaut veröffentlicht.

Laut Gutachten des Ausschusses für Verfassungsgesetzgebung, Gerichtssystem und Rechtsschutzorgane des Senats beinhalten die Gesetzesänderungen die Überantwortung der Vollmachten des Vorsitzenden der Volksversammlung Kasachstans und des Vorsitzenden des Sicherheitsrates auf den amtierenden Staatspräsidenten.

Zugleich erörtert das Parlament Gesetzesänderungen bzw. -novellen, laut denen dem Ex-Präsidenten das Recht vorbehalten bleibt, im Verfassungsrat der Republik mitzuwirken und vor der Regierung und dem Parlament zu sprechen.

Nach 30-jähriger Amtszeit hatte Nasarbajew am 20. März 2019 seine Vollmachten als Präsident gekündigt, jedoch die Funktionen als Chef des Sicherheitsrates, als Leiter der regierenden Partei „Nur Otan“ und als Vorsitzender der Volksversammlung Kasachstans beibehalten. Im April 2021 beschloss Nasarbajew, auf die Funktion des Vorsitzenden der Volksversammlung Kasachstans zu verzichten und sie dem amtierenden Präsidenten Kassym-Schomart Tokajew zu übergeben. Am 5. Januar 2022, zu der Zeit schwerer Unruhen in Kasachstan, übernahm Tokajew auch das Amt des Vorsitzenden des Sicherheitsrates. Der 81-jährige Nasarbajew teilte am 18. Januar in einer Videoanrede an die Bürger Kasachstans mit, dass Präsident Tokajew mit allen Vollmachten ausgestattet sei. Nasarbajew wies auch die Gerüchte über „einen Konflikt oder eine Konfrontation innerhalb der Elite“ zurück.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1b/5145665_0:175:3021:1874_1920x0_80_0_0_aebe4f4b0c8adf4e4223bf1aa19ca5ab.jpg

de.rt.com: **Lawrow kommentiert US-Schreiben: USA ließen wichtigste Frage unbeantwortet**

Am Mittwoch haben die USA und die NATO Russland schriftliche Antworten auf Forderungen nach Sicherheitsgarantien übergeben. Nun reagierte das russische Außenamt auf das Schreiben. Minister Lawrow sagte, die wichtigste Frage sei unberücksichtigt geblieben. Wie es weitergeht, werde Präsident Putin entscheiden.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat am Donnerstag bestätigt, dass Moskau von den USA eine schriftliche Antwort zu den Sicherheitsgarantien erhalten habe. Die Kernfrage sei jedoch unbeantwortet geblieben, so der Chefdiplomat:

"Es gibt keine positive Reaktion auf die Hauptfrage in diesem Dokument. Die Hauptfrage ist

unsere klare Position zur Unzulässigkeit einer weiteren NATO-Osterweiterung und der Stationierung von Waffen, die das russische Gebiet bedrohen könnten."

"Wir können eine solche Position nicht akzeptieren", betonte der Minister. Er habe US-Außenminister Antony Blinken und andere Kollegen gewarnt, dass Russland demnächst eine offizielle Anfrage schicken wird, um zu klären, weshalb sie Sicherheitsverpflichtungen ignorierten.

Lawrow zufolge enthalte das US-Schreiben eine Reaktion, die es ermöglicht, mit dem Beginn eines ernsthaften Dialogs zu rechnen, aber nur bei sekundären Punkten. Russland prüfe weiterhin die beiden Antwortschreiben. "Wir betrachten die beiden Dokumente als ein Paket, da sie eine Reaktion auf den Vertragsentwurf und die Vereinbarung sind, die wir im Dezember 2021 veröffentlicht haben".

Der Inhalt der russischen Reaktion auf das US-Schreiben vom Mittwoch werde demnächst bekannt gegeben, sagte Sergei Lawrow. Die Entscheidung über das weitere Vorgehen Russlands werde Präsident Wladimir Putin treffen.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f26fed48fbef574a2debd0.jpg>

nachmittags:

snanews.de: **Chinas Außenminister mahnt Blinken, Russlands Sicherheitsbesorgnisse „ernst zu nehmen“**

Im Konflikt um die Ukraine müssen aus chinesischer Sicht die legitimen Besorgnisse Russlands um seine Sicherheit „ernst genommen und gelöst“ werden.

In einem Telefonat mit US-Außenminister Antony Blinken mahnte Chinas Außenminister Wang Yi alle Parteien, zurückhaltend zu sein, berichtete das Außenministerium am Donnerstag in Peking. Es müsse davon abgesehen werden, die Spannungen zu verschärfen oder zu spekulieren, um die Krise zu übertreiben.

„Mentalität des Kalten Krieges komplett aufgeben“

Die Sicherheit eines Landes könne nicht auf Kosten eines anderen gehen. Auch könne regionale Sicherheit nicht durch die Stärkung oder sogar Ausweitung militärischer Blöcke garantiert werden, hob Wang Yi hervor. Im 21. Jahrhundert sollten alle Parteien „die Mentalität des Kalten Krieges komplett aufgeben“ und durch Verhandlungen eine ausgewogene und nachhaltige Sicherheitsarchitektur in Europa formen.

Zum Anfang von Minsk zurück

Für eine Lösung des Ukraine-Problems sei es notwendig, zum Anfang des Abkommens von Minsk zurückzukehren, sagte Wang Yi. China unterstütze alle Bemühungen, die in diese Richtung gingen. Das Abkommen wurde 2014 fünf Monate nach Beginn der Kämpfe zwischen Soldaten der Regierung gegen von Russland unterstützte Separatisten im Osten der

Ukraine vereinbart. Es war ein erster Waffenstillstand mit einem Friedensplan. Doch es hapert an der Umsetzung.

In dem Gespräch unterstrich Blinken nach Angaben seines Sprechers Ned Price in Washington „die globalen Sicherheits- und Wirtschaftsrisiken, die eine weitere russische Aggression gegen die Ukraine darstellen“. Deeskalation und Diplomatie seien der verantwortliche Weg vorwärts.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e6/01/1b/5146832_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_afdb5e31b0705a2c54010fe1a9e6f4a0.jpg

de.rt.com: **Kanada schickt mehr Bodentruppen in die Ukraine**

Kanada hat am Mittwoch angekündigt, dass es seine Mission zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte um drei Jahre verlängern will. Außerdem werden 60 zusätzliche Soldaten entsandt. Es bestehe aber auch die Möglichkeit, die Zahl der Bodentruppen auf bis zu 400 zu erhöhen.

Während bereits 200 kanadische Militärangestellte in der Ukraine stationiert sind, werden in den kommenden Tagen weitere 60 entsandt. Das kündigte der kanadische Premierminister Justin Trudeau an. Verteidigungsministerin Anita Anand erklärte:

"Der größte Beitrag, den Kanada im Moment in der Ukraine leisten kann, sind die Menschen."

Sie teilte mit, dass das Land "über 30.000 ukrainische Soldaten ausgebildet" habe, und fügte hinzu:

"Wir sollten die Bedeutung dieser Ausbildungsmission nicht unterschätzen."

Kanada schickt zudem nicht-tödliche Militärgüter in die Ukraine und wird nachrichtendienstliche Informationen mit dem Land austauschen. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten verbreiten indes weiterhin Panik über eine hypothetische russische "Invasion".

Trudeau verkündete am Mittwoch, Kanada sei "stets ein Freund der Ukraine" gewesen und werde "immer mit der notwendigen Unterstützung zur Stelle sein."

Der Regierungschef gab bekannt, dass Kanada der Ukraine auch ein Darlehen in Höhe von 120 Millionen US-Dollar gewähren werde. Sein Land sei "gern bereit, die Widerstandsfähigkeit und Kraft der ukrainischen Wirtschaft angesichts der russischen Destabilisierung zu stärken."

Trudeau verteidigte die Entscheidung Kanadas, nicht dem Beispiel der USA und Großbritanniens zu folgen. Die beiden Länder hatten der Ukraine tödliche Waffen zukommen lassen. Er argumentierte, dass "die Lösung für diese Spannungen diplomatisch sein sollte." Letzte Woche wurde Berichten zufolge ein kleines Team kanadischer Spezialkräfte in die Ukraine entsandt, um "Evakuierungspläne für kanadisches diplomatisches Personal im Falle

einer umfassenden Invasion zu entwickeln". Das teilte die kanadische Nachrichtenagentur Global News mit.

Moskau hat wiederholt Behauptungen zurückgewiesen, es beabsichtige eine Invasion der Ukraine. Auch Kiews Außenminister Dmitri Kuleba tat am Mittwoch Berichte über eine "bevorstehende" Invasion ab. Gegenüber den Medien erklärte er, die Zahl der in der Nähe der ukrainischen Grenze stationierten russischen Truppen sei "nicht ausreichend für eine Großoffensive."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f2382d48fbef4f297f3ce0.jpg>

dan-news.info: **Einwohner der DVR ehrten das Andenken der Opfer des Holocausts am Denkmal im Leninskij-Bezirk der Hauptstadt.** An der Veranstaltung nahmen etwa 100 Menschen teil.

Das Denkmal wurde im Bereich des Kreidegrube errichtet, wo sich im Februar 1942 das jüdische Ghetto befand. Dorthin wurden nach verschiedenen Zählungen während der Hitler-Besatzung etwa 3000 Menschen getrieben. Das Gebiet wurde mit Stacheldraht abgesperrt. Die Menschen wurden in sogenannten Vergasungswagen, Lastwagen mit einer Gaskammer, getötet.

An der heutigen Veranstaltung nahmen der Bürgermeister Alexej Kulemsin, die stellvertretenden Leiter des zentralen Exekutivkomitees der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ Tatjana Bubnowa und Sergej Kondrykinskij, weitere gesellschaftliche Aktivisten, Soldaten und weitere Bürger teil. Sie ehrten das Andenken der Toten mit einer Schweigeminute und legten Blumen am Denkmal nieder.

„Das ist eine schreckliche Tragödie, an die wir uns immer erinnern waren“, sagte Kulemsin.

„Es ist äußerst wichtig, dass unsere Kinder, unsere Jugend wissen, welche Schrecken die Faschisten brachten“, fügte Kondrykinskij hinzu.

„Wenn wir den Holocaust vergessen, verraten wir das Andenken der unschuldig Ermordeten. Solange wir uns an die erinnern, leben sie in unseren Seelen und Herzen“, sagte die Donezkerin Marija.



https://dan-news.info/storage/c/2022/01/27/1643269091_935846_77.jpg

snanews.de: **Ukraine ist „ein Spielzeug“ für die Nato und USA – Vizechef des russischen Sicherheitsrates**

Die Ukraine ist nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, eine Art Spielzeug in den Händen der Nato und der USA.

„Die Ukraine hat sich jetzt bedauerlicherweise in ein Spielzeug in den Händen der Nato und vor allem natürlich in den Händen der Vereinigten Staaten verwandelt, denn die Ukraine wird als Instrument zur geopolitischen Druckausübung gegen Russland benutzt“, sagte Medwedew in einem Interview mit russischen Medien, darunter mit SNA.

„So traurig es klingt, die Amerikaner brauchen die Ukraine nicht als solche, aber auch die Europäer haben sie nicht gerade nötig“, sagte Medwedew.

Es handle sich um „ein Argument im geopolitischen Spiel gegen Russland und meiner Meinung nach auch in einem gewissen Maße gegen China“, sagte Medwedew. Das sei in erster Linie der Grund für die Spannungen, andererseits stünden die Spannungen in Zusammenhang mit dem Kurs, den die ukrainische Führung in den letzten Jahren steuere, sagte Medwedew.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1b/5148639_0:211:2895:1839_1920x0_80_0_0_52f53ca26841f5c1d882f843d03ea7ac.jpg

snanews.de: **EU nimmt Chinas Handelspraktiken gegen Litauen ins Visier**

Die Europäische Union (EU) hat im Handelskonflikt zwischen Litauen und China ein Verfahren gegen das asiatische Land bei der Welthandelsorganisation WTO eingeleitet. Es gehe um Chinas „diskriminierende Handelspraktiken gegen Litauen, die sich auch auf andere Exporte aus dem EU-Binnenmarkt auswirken“, teilte die für die EU-Handelspolitik zuständige Behörde am Donnerstag in Brüssel mit. Da der Streit nicht gelöst werden konnte, wurde ein Streitbeilegungsverfahren gegen China ausgelöst.

Zwischen China und Litauen war es in den vergangenen Monaten zu Spannungen gekommen. Peking hatte seine diplomatischen Beziehungen zu dem baltischen Staat herabgestuft, nachdem Taiwan in Vilnius eine Repräsentanz unter eigenem Namen eröffnet hatte. China sieht Taiwan, das sich 1949 vom Festland spaltete, als abtrünnige Provinz und nicht als unabhängigen Staat an und versucht, es international zu isolieren.

Litauische Waren werden nicht mehr abgefertigt

Litauische Wirtschaftsverbände beklagten, dass die Einfuhr von Waren aus Litauen durch China blockiert werde und das Land nicht mehr im chinesischen Zollsystem gelistet sei. Die EU-Kommission erhob am Donnerstag ähnliche Vorwürfe. In den vergangenen Wochen wurden Beweise für verschiedene Arten chinesischer Beschränkungen gesammelt. So weigerte sich China, litauische Waren beim Zoll abzufertigen und lehnte Import-Anträge aus Litauen ab. Zudem würden Unternehmen in anderen EU-Staaten dazu gedrängt, litauische Vorprodukte aus ihren Lieferketten zu entfernen, wenn sie nach China exportieren.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0c/4980073_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_8b9d9a09dc5a47121ee852000c837022.jpg

snanews.de: **„Schelmische Position“: Keine Antwort der USA auf die Nato-Nichterweiterungsfrage – Lawrow**

Die USA sind in ihrer Antwort auf die Vorschläge Russlands zu Sicherheitsgarantien nach Worten des Außenministers Sergej Lawrow nicht auf die Nato-Nichterweiterung nach Osten eingegangen. Das Schreiben enthält aus seiner Sicht eine Reaktion, die den Beginn eines ernsthaften Dialogs erwarten lässt, aber nur über Themen untergeordneter Bedeutung.

„In dem Dokument gibt es keine positive Reaktion auf die Kernfrage. Die Kernfrage ist unsere klare Position zur Unzulässigkeit der weiteren Osterweiterung der Nato und der Stationierung von Angriffswaffen, die das Gebiet der Russischen Föderation bedrohen könnten“, sagte der Minister am Donnerstag.

Lawrow zufolge könne Russland es nicht akzeptieren, dass die USA den Diskussionen über den in den OSZE-Deklarationen verankerten Grundsatz der Unteilbarkeit der Sicherheit in Europa bewusst ausweichen.

„Der Grundsatz, dass man die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer stärken sollte, wird absichtlich umgangen. Weder die Erklärungen von Istanbul (von 1999 – Anm. d. Red.) noch die von Astana (von 2010 – Anm. d. Red.) werden von unseren

westlichen Partnern in den gegenwärtigen Diskussionen über die europäische Sicherheit erwähnt ... Das können wir nicht akzeptieren", sagte Lawrow.

OSZE-Verpflichtungen einseitig ausgelegt

Bemerkenswert sei, dass als Antwort auf die russischen Vorschläge zur Vereinbarung rechtsverbindlicher Garantien im euro-atlantischen Raum die westlichen Staaten stets die Umsetzung der vereinbarten Grundsätze für die euro-atlantische Sicherheitsarchitektur fordern, fügte der Minister hinzu. Diese Prinzipien werden aber womöglich einseitig ausgelegt:

„Gleichzeitig sagen sie: Das bedeutet, dass die Nato das Recht hat, zu expandieren, und niemand hat das Recht, der Nato zu verbieten, Beitrittsanträge aus anderen Ländern zu berücksichtigen“, kritisierte Lawrow.

Anfragen wegen Istanbul- und Astana-Erklärungen in Sicht

Moskau werde sich nun darauf konzentrieren, diese „schelmische Position“ Washingtons zur Erweiterung des nordatlantischen Bündnisses zu klären. „Wenn uns etwa in den 1990er Jahren erklärt wurde, dass es keine schriftlichen Verpflichtungen gebe, die Nato nicht zu erweitern, so haben wir jetzt diese schriftlichen Verpflichtungen. Sie wurden im Rahmen der OSZE mehr als einmal bekräftigt, auch auf höchster Ebene“, so Lawrow weiter.

„In naher Zukunft werden wir eine offizielle Anfrage stellen, um zu klären, warum sie (die USA – Anm. d. Red.) nur einen einzigen Punkt aus ihren eigenen Verpflichtungen nehmen und versuchen, die Bedingungen für die Einhaltung dieses für sie beliebigen Punkts zu ignorieren. Dies wird eine offizielle Aufforderung an alle Länder sein, deren Regierungschefs die Erklärungen von Istanbul und Astana unterzeichnet haben“, versprach der Minister.

Inhalt des Schreibens soll durchsickern

Lawrow ging davon aus, dass der Inhalt der Antwort in naher Zukunft der breiten Öffentlichkeit bekannt werde. Obwohl die amerikanischen Kollegen es vorziehen, dass das Dokument für einen vertraulichen diplomatischen Dialog bleibe, sei das Schreiben nach ihren Angaben mit allen US-Verbündeten und der ukrainischen Seite vereinbart worden.

„Daher habe ich keinen Zweifel, dass es in naher Zukunft durchsickern wird.“

Putin entscheidet über Antwort

Über die Reaktion der russischen Seiten auf das Schreiben Washingtons wird dem Minister zufolge der russische Präsident Wladimir Putin persönlich entscheiden.

„Nach der ressortübergreifenden Koordinierung werden wir dem Präsidenten Bericht erstatten, und der Präsident wird unsere nächsten Schritte beschließen“, betonte der Minister.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1b/5151154_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_5dc20964cc1d8e1188a349f39ea96e46.jpg

snanews.de: **Putin erinnert an die Opfer der Leningrader Blockade**

Am 27. Januar gedenkt Russland der Opfer des Holocausts ebenso wie jener Menschen, die

während der jahrelangen Blockade der Stadt Leningrad durch die deutsche Wehrmacht starben. Russlands Präsident Wladimir Putin hat am heutigen Donnerstag an die vielen Opfer von damals durch eine Kranzniederlegung erinnert.

Vor genau 78 Jahren, am 27. Januar 1944, wurde die fast 900 Tage lange Leningrader Blockade durch einen Vorstoß der Roten Armee beendet. Experten schätzen die Zahl der Menschen, die durch Hunger, Kälte, Krankheiten oder Beschuss der deutschen Wehrmacht damals ums Leben kamen, auf rund 650.000. Andere Schätzungen reichen bis zu 1,5 Millionen.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat mit einem Besuch des Gedenkfriedhofs Piskarjowskoje im Norden Sankt Petersburgs (ehemals Leningrad) an die vielen Opfer der Blockade und an die Kämpfer der Roten Armee erinnert, die damals ihr Leben für die Befreiung der Stadt ließen. An einem Massengrab, in dem auch sein während der Blockade ums Leben gekommener Bruder begraben wurde, legte Putin einen Kranz nieder. Der Friedhof Piskarjowskoje in Sankt Petersburg ist die größte Massenbegräbnisstätte des Zweiten Weltkriegs. Dort sind vermutlich rund 500.000 Menschen begraben. Nur 150.000 der beerdigten Menschen sind namentlich bekannt. Die Arbeiten zur Ermittlung der Namen anderer Opfer der Leningrader Blockade dauern bis heute an.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/1b/5152829_0:128:3033:1834_1920x0_80_0_0_ea23c76d0ecbf42953a7a132bdb5f328.jpg

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 27.01.2022

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer aus der 53. mechanisierten Brigade zwei Abwehrgeschütze SU-23 in einem Wohngebiet von Starognatowka stationiert.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung der Stationierung verbotener Waffen der 95. und 36. Brigade zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den Gebieten von Warwarowka und Pischtschewik zu blockieren.

Außerdem haben Kämpfer der 36. Brigade eine Drohne der OSZE-Mission 2km westlich von Pischtschewik bei einem Beobachtungsflug beschossen. Es ist wichtig anzumerken, dass der Beschuss zielgerichtet erfolgte, weil die ukrainischen Kämpfer über Zeit und Ort des Starts der Drohne rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden waren.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 18 vom 26.01.2022 bestätigt.

Trotz der Anstrengungen des Kommandos OOS, die auf eine Erhöhung der Disziplin in den unterstellten Einheiten gerichtet sind, werden **unter den ukrainischen Kämpfern auf den Frontpositionen weiter zahlreiche Fälle von Alkohol- und Drogenkonsum** festgestellt, was nicht selten zu Todesfällen führt.

So hat das Kommando der operativ-taktischen Gruppene austauschs „Ost“ nach dem Tod eines Matrosen der 36. Brigade, der am 23. Januar mit Anzeichen von Betäubungsmittelüberdosierung auf den Frontpositionen gefunden wurde, entschieden, eine Gruppe von Suchtspezialisten des 65. militärmedizinischen Hospitals zu entsenden, um Maßnahmen zur Auffindung drogenabhängiger Soldaten durchzuführen.

Wir merken an, dass die Kiewer Kämpfer die Drogen hauptsächlich von Freiwilligenorganisationen erhalten, die sie unter dem Deckmantel von humanitärer Hilfe liefern.

Vor dem Hintergrund der sich verschlechternden epidemiologischen Lage in der Ukraine ist eine nicht weniger bedauerliche Situation in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte im OOS-Gebiet entstanden. So hat das ukrainische Kommando, das sich nicht um seine Untergebenen kümmert, die medizinischen Mitarbeiter angewiesen, allen erkrankten Soldaten mit Symptomen einer Coronavirusinfektion eine ernsthafte Atemwegserkrankung zu diagnostizieren, ohne auf „Covid“ zu testen. Dabei erhalten die Erkrankten eine minimale Menge von Medikamente und gehen zurück in die Einheiten.

Wir erhalten **Informationen über eine Zunahme des gesetzwidrigen Waffen- und Munitionstransports aus der OOS-Zone in die Tiefe der Ukraine**. In den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte im Donbass sind zehn kriminelle Gruppierungen aktiv, die unter Nutzung der fehlenden Kontrolle von Seiten des Kommandos und der Korruption der Rechtsschutzorgane ihren Komplizen gestohlene und abgeschriebene Waffen und Munition weiterleiten.

Seit Beginn dieser Woche, nach Anweisungen der Stäbe der OOS und der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ über die Ausgabe von zusätzlicher Munition in die Einheiten, **wurde damit begonnen, aus den Lagern außerplanmäßig Munition ohne entsprechende Dokumente und die notwendige Buchhaltung auszugeben**.

Wir meinen, dass ukrainische Nationalisten gerade diese Situation nutzen, um ihre Vorräte an Waffen in der Tiefe des Landes aufzufüllen.

Wir schließen nicht aus, dass die Radikalen ihre kriminellen Aktivitäten verstärken, Unternehmer in allen Oblasten der Ukraine erpressen und Abgaben unter dem Anschein von freiwilliger Hilfe für den Kauf der notwendigen Ausrüstung für Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone zu erpressen.

de.rt.com: **Wladimir Putin: Russland strebt Kohlenstoffneutralität bis 2060 an**

In jüngster Zeit hat Russland wichtige Schritte zur Schaffung einer kohlenstoffarmen Wirtschaft unternommen, sagte der russische Präsident Wladimir Putin. Er hoffe, dass dies dem Land ermöglichen werde, bis zum Jahr 2060 Kohlenstoffneutralität zu erreichen.

Am Mittwoch hat Russlands Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit italienischen Unternehmern die Fortschritte bei der Schaffung einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in Russland besprochen. Dem Staatschef zufolge seien in den vergangenen Jahren mehrere wichtige Schritte in diese Richtung vorgenommen worden. Putin kündigte außerdem das Ziel an, für Russland bis zum Jahr 2060 CO₂-Neutralität zu erreichen.

Zur Umsetzung dieser Pläne soll unter anderem die Errichtung von Windkraftanlagen im russischen Gebiet Murmansk beitragen. Diese sollen der Herstellung grünen Wasserstoffs dienen, der später auch in europäische Länder exportiert werden soll. Wie der russische Präsident betonte, hätten italienische Privatunternehmen inzwischen rund 500 Millionen Euro in den Bau von Windparks im Gebiet Murmansk sowie in einigen südlichen Regionen Russlands investiert.

Zuvor hatte sich das russische Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung zur Arbeit an der Strategie für eine kohlenstoffarme Entwicklung geäußert. Der Behörde zufolge bestehe das Hauptziel darin zu verstehen, wie sich eine solche Agenda auf die russische Wirtschaft auswirken könnte und was getan werden sollte, um das erreichte Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten, ohne die Kosten für kohlenstoffneutrale Maßnahmen auf die Bürger zu übertragen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f16722b480cc3cf140181a.jpg>

Dan-news.info: Seit 2019 haben 365.000 Einwohner der DVR russische Pässe erhalten.

de.rt.com: Entwarnung nach Visumsverweigerung: Kosmonaut kann nun doch zu Schulung in USA

Die Wogen um die Verweigerung eines US-Visums für den Kosmonauten Nikolai Tschub haben sich geglättet. Der 37-Jährige kann nun doch ein Training im Lyndon B. Johnson Space Center absolvieren. Die Schulung ist für seinen Flug zur Internationalen Raumstation (ISS) obligatorisch.

Am 26. Januar hat die russische Raumfahrtbehörde Roskosmos mitgeteilt, dass der Kosmonaut Nikolai Tschub nun doch ein US-Einreisevisum erhalten habe. Somit kann der 37-Jährige an einem Training im Lyndon B. Johnson Space Center in Houston im US-Bundesstaat Texas teilnehmen. Nach Angaben von Roskosmos ist diese Schulung für alle russischen Raumfahrer vor einem Flug zur Internationalen Raumstation (ISS) ein Muss. Am 22. Januar wurde bekannt, dass die US-Behörden dem Russen ein Einreisevisum verweigert hatten. Der Grund für den abschlägigen Bescheid wurde nicht genannt. Der Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin zeigte sich besorgt wegen der Situation. Er gab bekannt, er werde den Leiter der NASA, Bill Nelson, um eine Stellungnahme bitten. Dies sei ein gefährlicher Präzedenzfall für die Zusammenarbeit auf der ISS. Bei Roskosmos hieß es, sollte der Kosmonaut auf eine eventuelle Notsituation im US-Segment nicht vorbereitet werden können, könnte dies seine Sicherheit und die des US-Segments gefährden. Da man eine unvorbereitete Crew unter keinen Umständen ins All schicken werde, müsse der Ausbildungsplan von Tschub geändert werden.

Die US-Botschaft in Moskau teilte auf Anfrage der Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit, man kommentiere grundsätzlich keine Einzelfälle in Bezug auf die Ausstellung von Visa. Man wertschätze die wichtige bilaterale Zusammenarbeit im Rahmen des ISS-Programms aber sehr und lege trotz eines ernsthaften Personalmangels viel Wert darauf, dass sich Kosmonauten mit ihren NASA-Kollegen rechtzeitig treffen könnten.

In einem Fernsehinterview bezeichnete Tschub den Vorfall als "Missverständnis". Er freute sich, dass die Angelegenheit glimpflich gelöst werden konnte.

"Es wäre komisch gewesen, kein Einreisedokument für ein Land zu bekommen, das unser

Partner im ISS-Programm ist."

Der 37-Jährige gehört seit dem Jahr 2012 zum sogenannten Kosmonauten-Trupp. Bislang hat er allerdings keine Raumfahrterfahrung. Der Flug des Kosmonauten zur ISS ist für den Frühling 2023 geplant. Nach Angaben der russischen Raumfahrtbehörde absolviert traditionellerweise jeder russische Expeditionsteilnehmer ein Training im Lyndon B. Johnson Space Center in Houston, um unter anderem die Ausstattung des US-Segments der ISS kennenzulernen. Auch in Russland gibt es ein ähnliches Ausbildungsprogramm für US-Astronauten.

Seit Herbst 2021 zählt das US-Außenministerium Russland zu den sogenannten "heimatlosen Nationalitäten". In dieser Kategorie befinden sich Staaten, deren Bürger in ihrer Heimat kein US-Visum beantragen können. Als Grund dafür gelten die fehlende konsularische Vertretung der USA oder der Personalmangel. Auf derselben Liste stehen unter anderem Kuba, Iran, Libyen und Somalia. Russischen Bürgern wird ersatzweise angeboten, ein US-Visum in der polnischen Hauptstadt Warschau zu beantragen. Eine Ausnahme mache man nur für Notfälle.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f2615cb480cc43b674b3a4.jpg>

abends:

de.rt.com: **Ehemaliger US-Diplomat in Moskau wegen Drogenschmuggels festgenommen**
Polizeibeamte haben Mark Fogel, einen ehemaligen Mitarbeiter der US-Botschaft in Moskau, festgenommen. Er wird des Drogenschmuggels beschuldigt. Fogel bleibt bis zur Verhandlung in Haft. Nach Einleitung des Strafverfahrens wurde eine Durchsuchung am Wohnort des Festgenommenen durchgeführt.

Die Ermittler des russischen Innenministeriums haben ein Strafverfahren wegen Drogenschmuggels und Drogenbesitzes in großem Stil gegen den ehemaligen Mitarbeiter der US-Botschaft in Moskau, Mark Fogel, eingeleitet. Dies berichtete der Pressedienst der Transportabteilung des russischen Innenministeriums für den Zentralen Föderationskreis am Donnerstag gegenüber TASS.

Der Pressedienst des Innenministeriums teilte mit, dass das Gericht der Stadt Chimki präventiv eine Untersuchungshaft für Fogel angeordnet habe. Es bestehe die Gefahr, dass sich der Verdächtige auf dem Territorium der Botschaft verstecken könnte und somit den Ermittlungen entziehen würde. Ferner fügte die Polizei hinzu, dass die Beamten nach der Eröffnung des Strafverfahrens eine Durchsuchung am Wohnort des Festgenommenen vorgenommen haben. Der Pressedienst merkte an:

"Es stellte sich heraus, dass seine Frau, die nach Hause entlassen worden war, das Beweismaterial in der Wohnung entsorgt hatte, bevor das Ermittlungsteam eintraf."

Wie auf den Videoaufnahmen zu sehen ist, nimmt die Frau das Bündel vorsorglich aus dem Haus und wirft es in einen Mülleimer. Später nimmt sie das Bündel wieder an sich, packt es in eine Tasche und bringt es vom Gelände.

Letzten Sommer kamen Mark Fogel und seine Frau mit einem Flug aus New York in Moskau an. Als er den "grünen Korridor" des Flughafens Scheremetjewo passierte, wurde er von Zollbeamten aufgehalten. Der Grund dafür war die Reaktion der Diensthunde auf sein Gepäck. Die Hunde des Zolls sind darauf trainiert, bei den Einreisenden verbotene Substanzen aufzuspüren. Bei der anschließenden Kontrolle wurden im Gepäck des Ausländers Marihuana und Haschischöl gefunden. Die Drogen waren sorgfältig getarnt – das Marihuana steckte in Kontaktlinsenverpackungen und das Cannabisöl war in E-Zigarettenkartuschen gefüllt. Zusätzlich wurde alles in Polyethylen eingewickelt und in Turnschuhen versteckt. Die Polizeibeamten sind derzeit dabei, mögliche Komplizen des Angeklagten zu ermitteln. Der Pressedienst des Innenministeriums sagte:

"Mark Fogel arbeitete als Lehrer an einer anglo-amerikanischen Schule und war zuvor Mitarbeiter der US-Botschaft in Moskau. Er hatte bis Mai 2021 Diplomatenstatus, ebenso wie seine Ehefrau. Nach einer Version der Ermittlungen könnte der Angeklagte das benutzt haben, um einen Kanal für die Lieferung von Drogen nach Russland zu organisieren, um sie später an die Schüler der betreffenden Schule zu verkaufen."

Ende Dezember 2021 erklärte die US-Botschaft in Moskau, dass sie sich aus Gründen der Vertraulichkeit nicht zur Verhaftung des US-amerikanischen Staatsbürgers Mark Fogel in Russland äußern werde.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f2c5d3b480cc4e9425053e.jpg>

mil-Inr.su: Dringende Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin

Während auf internationaler Ebene eine aktive Erörterung der Situation im Donbass läuft und die ukrainische Führung überzeugt von ihrer Unterstützung eines Kurses der friedlichen Regelung des Konflikts spricht, demonstrieren ukrainische Kämpfer an der Kontaktlinie die wahren Absichten des Kiewer Regimes.

Wie wir bereits erklärt haben, hat sich der Gegner auf die Vorbereitung und Durchführung provokativer Handlungen konzentriert, die auf eine Destabilisierung der Lage und die Schaffung von günstigen Bedingungen für einen Beginn der Aggression gerichtet sind. Heute haben Kiewer Kämpfer von den Positionen der 30. Brigade im Gebiet von Troizkoje aus in Ausführung eines verbrecherischen Befehls des Brigadekommandeurs Sinewitsch das Feuer mit Antipanzergranatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren in Richtung **Wesjologorowka** eröffnet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in der Folge der Aggression der Kiewer Kämpfer **einer**

unserer Soldaten bei der Ausübung seiner Pflicht zur Schutz der Republik starb. Wir sprechen den Verwandten und Freunden des Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Um die Zivilbevölkerung zu schützen und zur Vermeidung weiterer Verluste in den Reihen der Volksmiliz, waren unsere Verteidiger gezwungen, das Feuer zu eröffnen. Genauere Informationen über Verluste des Gegners werden noch ermittelt.

de.rt.com: **EU-Chefdiplomat will eigene Bodentruppen für Brüssels Ambitionen**

Angesichts mehrerer Krisen im Umfeld der Europäischen Union, einschließlich der Konfrontation mit Russland, spricht sich ihr Chefdiplomat für den Aufbau eigener harter militärischer Fähigkeiten aus. Das umschließe natürlich auch die Möglichkeit von Kämpfen und Verlusten.

Josep Borrell, Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, hat erklärt, dass der Staatenbund in der Lage sein sollte, eigene Bodentruppen einzusetzen und in Krisen über Kampfkapazitäten zu verfügen, wie die amtliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu berichtete. Borrell warnte in einer wichtigen Rede auf einer vom diplomatischen Dienst der EU und ihrem Institut für Sicherheitsstudien veranstalteten Konferenz, dass jetzt der gefährlichste Moment seit dem Ende des Kalten Krieges sei.

Dabei sei die angebliche Bedrohung der Ukraine durch Russland nur ein Teil einer allgemeineren Gefährdung Europas. Es gebe im Umfeld der EU einige weitere Konfliktzonen, etwa in Syrien und am Horn Afrikas.

Der strategische Wettbewerb zwischen Staaten werde allmählich gefährlicher als gewöhnliche militärische Konflikte, da weitaus mehr Faktoren bei einem solchen Wettbewerb mobilisiert werden könnten, etwa Migration, Impfung, Energie, Technologie, der Weltall, der digitale Raum sowie die Tiefsee.

Er rief die EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, dem Staatenblock die Übernahme seiner "strategischen Verpflichtungen" zu ermöglichen. Brüssel drohe in der internationalen Politik jegliche Rolle zu verlieren, sollte es nicht seine Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten erhöhen.

Der europäische Staatenbund, der bisher vor allem in Wirtschafts- und Finanzfragen als durchsetzungsfähige Macht – zumindest gegenüber seinen eigenen Mitgliedern – in Erscheinung trat, müsse laut dem EU-Spitzen diplomaten in der Lage sein, "schnell in eine Krise zu intervenieren, bei der Gewalt das Leben von Zivilisten bedroht". Dabei dürfe sich die EU nicht länger auf das Ausbilden von anderen Militärs beschränken, sondern müsse auch fähig sein, eigene Bodentruppen einzusetzen, was natürlich auch die Gefahr von Kämpfen und Verlusten beinhalte.

Bereits im letzten Jahr hatte Borrell im Rahmen seines an die EU-Mitgliedsstaaten gerichteten Vorschlags einer Sicherheits- und Verteidigungsstrategie mit dem Titel "Strategischer Kompass" konkrete Maßnahmen und Zeitpläne zur Erhöhung der militärischen Fähigkeiten des Staatenblocks unterbreitet. Darunter waren die Aufstellung einer schnell einsetzbaren Reaktionstruppe in der Größe von 5.000 Soldaten, Investitionen in industrielle Anlagen sowie der Aufbau von Schutzmechanismen gegen Cyberangriffe.

Voraussichtlich im März wird der Plan von den EU-Mitgliedsstaaten verabschiedet. Zentrales Ziel von Borrells Vorschlag ist es, die EU-Verteidigungsfähigkeiten so auszubauen, dass sie sich komplementär zu den NATO-Anforderungen verhalten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f2e335b480cc4e6a6693b8.jpg>

snanews.de: **OSZE-Botschafter: Kiew plant bewaffnete Provokationen im Donbass**

Die Regierung in Kiew ist laut dem Ständigen Vertreter Russlands bei der OSZE, Alexander Lukaschewitsch, dabei, weiterhin eine Militärgruppe entlang der Kontaktlinie im Donbass aufzubauen.

Während die militärpolitische Führung der Ukraine darüber reflektiert, dass es keine imaginäre Bedrohung durch eine 'Invasion' aus dem Ausland gebe, baut sie weiterhin eine militärische Gruppierung auf, nicht irgendwo, sondern entlang der Kontaktlinie im Donbass. Es gibt dort bereits etwa 150.000 Soldaten“, sagte Lukaschewitsch beim Treffen des Ständigen Rates der OSZE.

Kürzlich habe der Verteidigungsminister der Ukraine angekündigt, dass die Personalstärke der Streitkräfte der Ukraine (WSU) um weitere 11.000 Soldaten verbessert werde, fügte er hinzu. Darüber hinaus würden die Mitglieder der paramilitärischen nationalistischen Formationen, darunter des ‚Rechten Sektors‘, welcher nicht gemäß Absatz zehn des Minsker Maßnahmenpakets entwaffnet worden sei, im Donbass eintreffen, betonte Lukaschewitsch. „All dies zeugt davon, dass in Kiew die Pläne zur Vorbereitung bewaffneter Provokationen im Donbass aktiv erarbeitet werden“, so der OSZE-Botschafter.

Moskau hatte wiederholt erklärt, dass Kiew die Minsker Vereinbarungen nicht einhalte und Verhandlungen zur Lösung des Konflikts in die Länge ziehe. Das russische Außenministerium stellte fest, dass Kiew die Hälfte des gesamten Personals der WSU in den Donbass geschickt habe.

Zudem äußerte sich Moskau besorgt über den Transfer von militärischer Ausrüstung aus den Nato-Staaten an die russischen Grenzen und die Zunahme der Anzahl westlicher Ausbilder im Donbass. Westliche Länder leisten weiterhin militärische Unterstützung für die Ukraine, unter anderem durch die Lieferung von Waffen, welche im Donbass eingesetzt werden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/19/5127453_0:46:3178:1834_1920x0_80_0_0_8894a7a35a8b0922f12380799c385977.jpg